

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	11
Tabellenverzeichnis	31
Abbildungsverzeichnis	33
Literaturverzeichnis	37
Abkürzungsverzeichnis	39
I. Pensionszusagen an GmbH-Geschäftsführer – Aktueller Beratungsbedarf	43
II. Betriebliche Altersversorgung und Rechtsberatung	90
III. Verfahren zur Restrukturierung von Pensionszusagen – Heilung rechtlicher und wirtschaftlicher Fehlentwicklungen	111
IV. Reduzierung der Pensionsverpflichtung – Anpassung, Herabsetzung, Widerruf, Verzicht	123
V. Begrenzung der typischen Pensionsrisiken – Entlastung der GmbH bei unmittelbarer Durchführung	203
VI. Übertragungsmöglichkeiten – Rahmenbedingungen und Rechtsfolgen	229
VII. Übertragung auf eine rückgedeckte Unterstützungskasse – Versorgungsträger mit Tradition	254
VIII. Übertragung auf einen Pensionsfonds – Externe Durchführung mit hoher Flexibilität	280
IX. Kombinierte Übertragung auf einen Pensionsfonds und eine rückgedeckte Unterstützungskasse – Vollständige Auslagerung und Bilanzbereinigung bei Leistungsanwärtern	328
X. Übertragung auf eine pauschal dotierte Unterstützungskasse – Intelligente Lösung für Spezialfälle	335
XI. Entpflichtung der GmbH durch Übertragung auf einen anderen/neuen Rechtsträger im Wege der Einzelrechtsnachfolge	368

	Seite
XII. Abfindung der Pensionszusage – Übertragung ins Privatvermögen	394
XIII. Übertragung im Falle der Liquidation – Betriebsaufgabe ohne Nachfolger	450
XIV. Die Neuregelungen des BilMoG zur handelsrechtlichen Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen und deren Auswirkungen auf die Geschäftsführer-Versorgung	458
XV. Zeitgemäße Gestaltung einer Geschäftsführer-Versorgung	500
XVI. Praktische Fälle	515
XVII. Anhang – Gesetzestexte, Richtlinien und Verwaltungsanweisungen	523
Stichwortverzeichnis	689

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsübersicht	9
Tabellenverzeichnis	31
Abbildungsverzeichnis	33
Literaturverzeichnis	37
Abkürzungsverzeichnis	39
I. Pensionszusagen an GmbH-Geschäftsführer – Aktueller Beratungsbedarf	43
1. Steuersparmodell am Scheideweg	43
2. Verkomplizierung der rechtlichen Rahmenbedingungen	45
2.1 Überforderung der Finanzverwaltung	46
2.2 Verkomplizierung der Rechtsmaterie durch den BFH	49
3. Sinkende Steuerentlastung	51
4. Steigende Lebenserwartung	53
5. Sinkende Kapitalerträge	58
5.1 Erhöhung des Kapitalbedarfs	61
6. Bewertung der Pensionsverpflichtung	61
6.1 Ertragsteuerliche Unterbewertung der Pensionsverpflichtung	62
6.1.1 Mangelnde Berücksichtigung des Langlebigkeitsrisikos	62
6.1.2 Unzutreffender Ansatz des Rechnungszinses	63
6.1.3 Kritik des IDW	63
6.2 Veränderte handelsrechtliche Bewertung	64
6.2.1 Bewertungspraxis vor BilMoG	64
6.2.2 Bewertungspraxis nach BilMoG	65
6.3 Wiederbeschaffungswert	65
6.4 Finanzmathematische Bewertung	66
6.5 Vergleich der Bewertungsverfahren	68
7. Rückdeckungsversicherung und Kapitalmarkt	70
8. Die Geschäftsführerversorgung in der betrieblichen Praxis	72

	Seite
8.1 Vertragsgestaltung	73
8.2 Durchschnittliche Höhe der Versorgungsleistungen	74
8.3 Finanzierung und Rückdeckungsquoten	76
8.4 Rentenfinanzierungsdauer	77
8.5 Fiktive Kapitalertragsanalyse	79
8.6 Insolvenzsicherung	80
8.6.1 Gesetzlicher Insolvenzschutz	81
8.6.2 Zivilrechtlicher Insolvenzschutz	82
9. Neuregelung des Versorgungsausgleichs	83
9.1 Interne Teilung sämtlicher Versorgungsanwartschaften (Regelfall)	83
9.2 Externe Teilung der betrieblichen Altersversorgung (Ausnahmefall)	84
9.3 Private Ausschlussvereinbarung (Ausschlussfall)	85
9.4 Besondere Auswirkungen auf die Pensionszusage des Geschäftsführers	86
9.4.1 Endgehaltsbezogene Pensionszusage ohne Besitzstandsklausel	87
9.4.2 Unterfinanzierte Pensionszusage	88
10. Zusammenfassung	89
II. Betriebliche Altersversorgung und Rechtsberatung	90
1. Beratungsfälle betriebliche Altersversorgung	90
2. Der Beratungsmarkt der betrieblichen Altersversorgung	91
3. Exemplarischer Beispielfall zur unerlaubten Rechtsberatung	92
4. Gutachten zum Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) schaffen Klarheit	94
4.1 Erstes Gutachten aus dem Jahre 2009	94
4.1.1 Grundsatz: Erfordernis einer rechtlichen Erlaubnis gem. § 3 RDG	96
4.1.2 Erbringung von Rechtsdienstleistungen durch zugelassene/registrierte Gesellschaften	96
4.1.3 Der Begriff der Rechtsdienstleistung gem. § 2 RDG	97
4.1.4 Rechtsdienstleistungen im Zusammenhang mit einer anderen Tätigkeit gem. § 5 RDG	98
4.2 Zweites Gutachten aus dem Jahre 2011	99

	Seite
5. Aktuelle Rechtsprechung zur Rechtsberatung	101
5.1 OLG Karlsruhe v. 8. 9. 2009	101
5.2 LG Baden-Baden v. 22. 9. 2010	102
5.3 LSG Nordrhein-Westfalen v. 23. 2. 2011	103
5.4 AG Schwäbisch Gmünd v. 26. 8. 2010	104
5.5 BGH v. 31. 1. 2012	105
6. Folgen der unerlaubten Rechtsberatung	107
7. Kooperationsmodell des BRBZ	108
8. Zusammenfassung	109
 III. Verfahren zur Restrukturierung von Pensionszusagen – Heilung rechtlicher und wirtschaftlicher Fehlentwicklungen	111
1. Strukturierter Prozess zur Restrukturierung	111
1.1 Prozessziele	111
1.2 Prozessaufbau	112
2. Abschnitt 1: Gutachten zur Pensionszusage	113
2.1 Aufbau und Inhalt des Gutachtens	114
2.2 Anwendung des Gutachtens	115
3. Abschnitt 2: Restrukturierung	115
3.1 Individuelle Umstände des Einzelfalles	115
3.2 Gestaltungsmöglichkeiten	116
3.2.1 Lösungen im Betriebsvermögen der GmbH	117
3.2.2 Auslagerungs-/Übertragungs-Modelle mit Bilanzbereinigung	119
3.2.3 Sonderformen der Gestaltung	121
3.3 Umsetzung und fortlaufende Pflege	122
 IV. Reduzierung der Pensionsverpflichtung – Anpassung, Herabsetzung, Widerruf, Verzicht	123
1. Plausibler Lösungsansatz mit Tücken	124
2. Rechtsfolgen eines gesellschaftlich veranlassten Verzichts	127
2.1 Auswirkungen beim Gesellschafter-Geschäftsführer	127
2.1.1 Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit	127

2.1.2 Nachträgliche Anschaffungskosten	128
2.2 Auswirkungen bei der GmbH	129
2.2.1 Gewinnerhöhende Auflösung der Rückstellung	129
2.2.2 Steuerlicher Aufwand durch verdeckte Einlage	129
2.3 Auswirkungen auf die Mitgesellschafter	130
2.3.1 Schenkungsteuerbarkeit disquotaler verdeckter Einlagen	130
3. Rechtsfolgen eines Verzichts bei betrieblicher Veranlassung	137
4. Unterschiedliche Rechtsbegründungsakte	138
4.1 Einvernehmliche Herabsetzung	138
4.2 Einseitiger Widerruf/Einseitige Kürzung	139
4.3 Verzicht	139
5. Betriebliche Veranlassung eines Verzichts	139
5.1 Erste Ausnahmeregel zur betrieblichen Veranlassung: Überschuldung i. S. d. InsO	142
5.1.1 Unterdeckung durch unzureichende Rückdeckungsversicherung	142
5.1.2 Überschuldung i. S. d. InsO	143
5.1.3 Ansatz der Pensionsverpflichtung in der fiktiven Überschuldungsbilanz	145
5.1.4 Rangrücktritt und Gesellschafterdarlehen	148
5.1.5 Durchführung einer Anpassung nach der ersten Ausnahmeregel	151
5.2 Zweite Ausnahmeregel zur betrieblichen Veranlassung: Drohende Überschuldung	153
5.2.1 Arbeitsrechtliche Zulässigkeit	154
5.2.2 Widerruf wegen wirtschaftlicher Notlage	156
5.2.3 Treuepflicht des Geschäftsführers	157
5.2.4 Durchführung einer Anpassung nach der zweiten Ausnahmeregel	158
6. Gesellschaftliche Veranlassung eines Verzichts	159
6.1 Fremdvergleich	159
7. Einlagefähiger Vermögensvorteil als Voraussetzung einer verdeckten Einlage	160
8. Herabsetzung nach den Grundsätzen der Past-Service-Methode	167

	Seite
8.1 Zutreffende Auffassung der OFD Hannover (Verfügung v. 11.8.2009 - S 2742 - 202 - StO 241)	168
8.1.1 Stellungnahme des Autors zu den dargestellten Rechtsfolgen	169
8.2 Irrige Auffassung des FinMin NRW (Erlass v. 17.12.2009 - S 2743-10-V-B 4)	171
8.2.1 Stellungnahme des Autors zu den dargestellten Rechtsfolgen:	173
8.2.1.1 Auswirkungen auf die Pensionsrückstellung (Tz. II.1.)	173
8.2.1.2 Entstehen einer verdeckten Einlage (Tz. II.2.)	173
8.3 Initiative zur Vereinheitlichung der Verwaltungsauffassung	174
8.3.1 Verständigung auf der Ebene der KöSt-Referenten des Bundes und der Länder	174
8.3.2 Abteilungsleiter-Vorbehalt und Bestätigung der abgestimmten Verwaltungsauffassung	176
8.4 Das BMF Schreiben v. 14.8.2012 - BStBI 2012 I 874	177
8.4.1 Stellungnahme zum BMF-Schreiben v. 14.8.2012	179
8.4.2 Steuerrechtliche Rahmenbedingungen eines Pensionsverzichts	180
8.4.3 Vollständiger Verzicht vor Eintritt des Versorgungsfalls	181
8.4.4 Teilweiser Verzicht vor Eintritt des Versorgungsfalls	181
8.4.5 Aufgabe der Unterscheidung „verdeckte Einlage dem Grunde und der Höhe nach“	185
8.4.6 Wertgleiche Umwandlungen	186
8.4.7 Vereinfachungsregelung zum Teilverzicht	187
8.4.8 Past-Service-Ermittlung	187
8.4.9 Barwertermittlung	188
8.5 Umsetzung einer Anpassung nach der Past-Service-Methode	189
9. Verzicht gegen Besserungsschein	190
10. Steuerunschädliche Widerrufsvorbehalte	190
11. Der erste praktische Fall	193
11.1 Welche Folgen würden sich bei einem pauschalen Verzicht ergeben?	194
11.2 Kann eine Herabsetzung ohne negative steuerliche Folgen vorgenommen werden?	195

	Seite
11.2.1 Schritt 1: Ermittlung des Past Service	195
11.2.2 Schritt 2: Ermittlung des Anwartschaftsbarwertes des Past Service	196
11.2.3 Schritt 3: Festlegung der zukünftigen Versorgungsleistungen	196
11.2.4 Schritt 4: Ermittlung des Anwartschaftsbarwertes der zukünftigen Versorgungsleistungen	196
11.2.5 Schritt 5: Vergleiche der Barwerte nach Schritt 2 und Schritt 4	196
11.3 Welche Auswirkungen würden sich durch die Herabsetzung für die GmbH ergeben?	197
12. Der zweite praktische Fall	198
12.1 In welchem Umfang kann CC auf die Pensionszusage wegen der Überschuldung verzichten?	198
12.2 Welche steuerlichen Folgen ergeben sich im Falle eines überschuldungsbedingten Verzichts?	200
13. Zusammenfassung	201
V. Begrenzung der typischen Pensionsrisiken – Entlastung der GmbH bei unmittelbarer Durchführung	203
1. Typische Risiken der reinen Leistungszusage	203
1.1 Das Kostenrisiko	204
1.2 Das Langlebigkeitsrisiko	204
1.3 Das Kapitalanlagerisiko	205
1.4 Entlastung des Trägerunternehmens	205
2. Die Kapitalzusage	207
2.1 Die Kapitalzusage als betriebliche Altersversorgung	207
2.2 Wertgleiche Umgestaltung einer Rentenzusage in eine Kapitalzusage	208
2.3 Wahlweise Kapitalzusage (Kapitalwahlrecht)	209
2.3.1 Nachträgliche Einführung des Kapitalwahlrechts	212
2.3.2 Ausübung des Kapitalwahlrechts	213
2.4 Tarifermäßigung nach § 34 Abs. 1 EStG	214
2.5 Die Kapitalzusage mit Ratenzahlung	215
2.5.1 Vererblichkeit in der Ratenzahlungsphase	217

	Seite
2.5.2 Bilanzierung der Verpflichtung in der Ratenzahlungsphase	218
3. Die beitragsorientierte Leistungszusage	219
3.1 Die beitragsorientierte Leistungszusage als betriebliche Altersversorgung	219
3.2 Risikobegrenzung bei der beitragsorientierten Leistungszusage	220
3.2.1 Rückgedeckte beitragsorientierte Leistungszusage	220
3.2.2 Beitragsorientierte Leistungszusage und Asset Funding	223
3.3 Umgestaltung einer Rentenzusage in eine beitragsorientierte Leistungszusage	223
4. Risikoverteilung durch wertgleiche Umgestaltung der Versorgungsleistungen	225
4.1 Pensions-Defizit bei vorzeitigen Versorgungsfällen	225
4.2 Wertgleiche Umgestaltung der Versorgungsleistungen	227
5. Zusammenfassung	228
 VI. Übertragungsmöglichkeiten – Rahmenbedingungen und Rechtsfolgen	229
1. Motive für die Auslagerung der Pensionsverpflichtung	229
2. Formen und Rechtsfolgen der Übertragung	230
2.1 Übertragungsformen	230
2.2 Rechtsfolgen der Übertragung	230
2.2.1 Betriebsrentenrecht	231
2.2.2 Steuerrecht	231
2.2.3 Schuldrecht	233
3. Anwendbarkeit des BetrAVG auf Versorgungszusagen	233
3.1 Sachlicher Anwendungsbereich des BetrAVG	233
3.2 Persönlicher Geltungsbereich des BetrAVG gem. § 17 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG (Arbeitnehmer)	234
3.3 Erweiterter persönlicher Geltungsbereich des BetrAVG gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 BetrAVG (sog. Nicht-Arbeitnehmer)	234
3.4 Unternehmer im eigenen Unternehmen	234
4. Anwendbarkeit des BetrAVG auf GmbH-Geschäftsführer	236
4.1 Sachlicher Geltungsbereich bei Geschäftsführerzusagen	236
4.2 Persönlicher Geltungsbereich bei Geschäftsführerzusagen	237
4.2.1 Organmitglieder ohne Beteiligung (Fremdgeschäftsführer)	237

	Seite
4.2.2 Minderheitsgesellschafter	237
4.2.3 Mehrheits- und Alleingesellschafter	239
5. Der Statuswechsel und seine Folgen	240
6. Schuldbefreiende Übertragung von Versorgungsverpflichtungen	242
6.1 Nicht-Arbeitnehmer (minderbeteiligte Gesellschafter-Geschäftsführer, Fremdgeschäftsführer)	242
6.1.1 Begrenzte Übertragungsberechtigung gem. § 4 Abs. 2 BetrAVG (Einvernehmliche Übertragung)	245
6.1.2 Übertragungsanspruch gem. § 4 Abs. 3 BetrAVG	247
6.1.3 Übertragung im Falle einer Liquidation gem. § 4 Abs. 4 BetrAVG	247
6.1.4 Wechsel des Durchführungswegs	247
6.2 Unternehmer im eigenen Unternehmen (beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer)	248
6.2.1 Schuldbefreiende Übertragung auf eine Unterstützungskasse	248
6.2.2 Problematik eines Widerrufs	249
7. Lösungsmöglichkeiten und deren Kombinationen	250
7.1 Teilweise Auslagerung/Übertragung	250
7.2 Vollständige Auslagerung/Übertragung	250
8. Der erste praktische Fall	251
9. Der zweite praktische Fall	252
10. Zusammenfassung	252

VII. Übertragung auf eine rückgedeckte Unterstützungskasse – Versorgungsträger mit Tradition

1. Wesen einer Unterstützungskasse	254
2. Pauschal dotierte (polsterfinanzierte) Unterstützungskasse	256
3. Rückgedeckte Unterstützungskasse	256
3.1 Steuerlich abzugsfähige Zuwendungen	257
3.1.1 Leistungsanwärter	257
3.1.2 Leistungsempfänger	258
3.1.3 Darlehensgewährung	258
3.1.4 Begrenzung der Zuwendungen	258

	Seite
3.2 Zulässiges und tatsächliches Kassenvermögen	259
3.2.1 Zulässiges Kassenvermögen	259
3.2.2 Tatsächliches Kassenvermögen	259
3.3 Markt der rückgedeckten Unterstützungskassen	259
4. Geschäftsführerversorgung über eine rückgedeckte Unterstützungskasse	260
5. Auslagerungsmöglichkeiten auf eine rückgedeckte Unterstützungskasse	262
5.1 Auslagerung von Leistungsanwärtern	262
5.1.1 Vollständige Übertragung auf eine rückgedeckte Unterstützungskasse	262
5.1.2 Teilweise Übertragung auf eine rückgedeckte Unterstützungskasse	264
5.2 Auslagerung von Leistungsempfängern	265
6. Bilanzielle Behandlung	266
6.1 Handelsbilanz	267
6.1.1 Leistungsanwärter	269
6.1.2 Leistungsempfänger	270
6.2 Steuerbilanz	270
6.3 Internationale Bilanzierung	271
7. Pauschal dotierte vs. rückgedeckte Unterstützungskasse	271
8. Der praktische Fall	272
8.1 Welche Folgen ergeben sich bei einer Übertragung der Versorgungsanwartschaft auf eine rückgedeckte Unterstützungskasse im Betriebsvermögen der GmbH?	273
8.1.1 Vollständige Übertragung der Versorgungsanwartschaften	274
8.1.2 Teilweise Übertragung der Versorgungsanwartschaften	275
8.2 Welche Folgen ergeben sich im Hinblick auf die Besteuerung beim Geschäftsführer?	278
9. Zusammenfassung	279
VIII. Übertragung auf einen Pensionsfonds – Externe Durchführung mit hoher Flexibilität	280
1. Wesen eines Pensionsfonds	280
1.1 Liberale Kapitalanlage	282

1.2 Garantiebegrenzung	282
2. Geschäftsführerversorgung über einen Pensionsfonds	283
3. Pensionsplan und Vertragsgestaltung	284
4. Versicherungsförmige Übertragung	289
5. Nicht-versicherungsförmige (Liquiditätsschonende) Übertragung	290
5.1 Kapitalmarktorientierte Übertragung bei Anlage der Deckungsmittel in Investmentfonds	291
5.1.1 Externes Asset Funding	291
5.1.2 Vorsichtig zu kalkulierender Rechnungszins	292
5.1.3 Biometrische Rechnungsgrundlagen nach bestem Schätzwert	293
5.1.4 DAV- oder eigene Pensionsfonds-Sterbetafel	294
5.1.5 Heubeck-Sterbetafel 2005 G	294
5.1.6 Liquiditätsschonende Übertragung mittels Finanzierungsoption	295
5.1.7 Nachschussverpflichtung des Arbeitgebers	297
5.1.8 Anwartschaftsphase	297
5.1.9 Übergang in die Leistungsphase	298
5.1.10 Leistungsphase	298
5.2 Nicht-versicherungsförmige Übertragung bei Anlage in Versicherungsprodukten	300
6. EU-Pensionsfondsrichtlinie	301
7. Steuerrechtliche Rahmenbedingungen der Übertragung auf einen Pensionsfonds	302
7.1 Steuerneutrale Übertragung nach § 4e Abs. 3 EStG	302
7.2 Die Inhalte des BMF-Schreibens v. 26.10.2006	305
7.2.1 Leistungsempfänger und unverfallbar Ausgeschiedene	305
7.2.2 Leistungsanwärter	305
7.3 Stellungnahme des BMF	309
7.4 Verteilung von Nachbeiträgen und Nachschusszahlungen	310
8. Bilanzielle Behandlung	311
8.1 Handelsbilanz	312
8.1.1 Leistungsanwärter	314
8.1.2 Leistungsempfänger	314
8.1.3 Bilanzielle Behandlung des Übernahmebeitrags	314

	Seite
8.2 Steuerbilanz	315
8.3 Internationale Bilanzierung	315
9. Der praktische Fall	316
9.1 Welche Folgen ergeben sich bei einer versicherungsförmigen Auslagerung auf einen Pensionsfonds?	317
9.1.1 Übertragung auf einen in Deutschland ansässigen Pensionsfonds	319
9.1.2 Übertragung auf einen in Liechtenstein ansässigen Pensionsfonds	321
9.2 Welche Folgen ergeben sich bei einer nicht-versicherungsförmigen Auslagerung auf einen Pensionsfonds?	321
9.3 Welche Folgen ergeben sich bei einer nicht-versicherungsförmigen Auslagerung unter Nutzung der Finanzierungsoption?	323
9.4 Welche Folgen ergeben sich im Hinblick auf die Besteuerung beim Geschäftsführer?	325
10. Zusammenfassung	326
IX. Kombinierte Übertragung auf einen Pensionsfonds und eine rückgedeckte Unterstützungskasse – Vollständige Auslagerung und Bilanzbereinigung bei Leistungsanwältern	328
1. Kombination von Pensionsfonds und Unterstützungskasse	328
2. Der praktische Fall	330
2.1 Welche Folgen ergeben sich bei einer kombinierten Auslagerung im Betriebsvermögen der GmbH?	331
2.2 Welche Folgen ergeben sich im Hinblick auf die Besteuerung beim Geschäftsführer?	333
3. Zusammenfassung	334
X. Übertragung auf eine pauschal dotierte Unterstützungskasse – Intelligente Lösung für Spezialfälle	335
1. Wesen einer pauschal dotierten (polsterfinanzierten) Unterstützungskasse	335

1.1	Zulässige Vermögensbereiche der pauschal dotierten Unterstützungskasse	336
1.1.1	Reservepolster für Leistungsanwärter	336
1.1.2	Deckungskapital für Leistungsempfänger	336
2.	Steuerlich abzugsfähige Zuwendungen	337
2.1	Zuwendungen für Leistungsanwärter	337
2.2	Zuwendungen für Leistungsempfänger	338
2.3	Kassenvermögen der Unterstützungskasse	339
2.3.1	Zulässiges Kassenvermögen	339
2.3.2	Tatsächliches Kassenvermögen	339
3.	Besteuerung der Unterstützungskasse	340
3.1	Soziale Einrichtung	340
3.2	Begrenzung des zulässigen Kassenvermögens (partielle Steuerpflicht)	341
4.	Markt der pauschal dotierten Unterstützungskassen	342
5.	Geschäftsführerversorgung über eine pauschal dotierte Unterstützungskasse	343
5.1	Finanzierung für Leistungsanwärter	343
5.1.1	Wirkung des Finanzierungsverfahrens	344
5.1.2	Ergebnis	344
5.2	Finanzierung für Leistungsempfänger	346
5.2.1	Wirkung des Finanzierungsverfahrens	346
5.2.2	Ergebnis	346
6.	Auslagerungsmöglichkeiten auf eine pauschal dotierte Unterstützungskasse	347
6.1	Leistungsanwärter	348
6.2	Leistungsempfänger	348
7.	Bilanzielle Behandlung	350
7.1	Handelsbilanz	351
7.1.1	Leistungsanwärter	353
7.1.2	Leistungsempfänger	353
7.2	Steuerbilanz	354
7.3	Internationale Bilanzierung	354
8.	Darlehensgewährung an das Trägerunternehmen	355
8.1	Innenfinanzierung mittels Darlehensgewährung	355

	Seite
8.2 Risiken einer Darlehensgewährung	359
8.3 Bilanzielle Wirkung einer Darlehensgewährung	359
9. Der praktische Fall	360
9.1 Welche Folgen ergeben sich bei einer Übertragung der Versorgungsanwartschaften auf eine pauschal dotierte Unterstützungskasse im Betriebsvermögen der GmbH?	360
9.1.1 Vollständige Übertragung der Versorgungsanwartschaften	361
9.1.2 Teilweise Übertragung der Versorgungsanwartschaften	363
9.2 Welche Folgen ergeben sich im Hinblick auf die Besteuerung beim Geschäftsführer?	366
10. Zusammenfassung	366
 XI. Entpflichtung der GmbH durch Übertragung auf einen anderen/neuen Rechtsträger im Wege der Einzelrechtsnachfolge	368
1. Prüfungsschema für Übertragungen im Wege der Einzelrechtsnachfolge	369
2. Übertragung auf einen neuen Arbeitgeber im Wege der Einzelrechtsnachfolge	369
2.1 Stufe 1: Übertragung nach dem BetrAVG	369
2.2 Stufe 2: Lohnsteuerrechtliche Behandlung des Übertragungsvorgangs	371
2.2.1 Schuldbefreiende Übernahme gem. § 4 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG	371
2.2.2 Übertragung des Vermögenswertes gem. § 4 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG	371
2.2.3 Neuer Arbeitgeber	372
2.3 Stufe 3: Körperschaftsteuerrechtliche Behandlung des Übertragungsvorgangs	373
2.3.1 Üblichkeit einer Übertragung bei Gesellschafter-Geschäftsführern	373
2.3.1.1 Anforderungen an die übernehmende Gesellschaft	374
2.3.1.2 Einhaltung der geforderten Probezeit	374
2.3.1.3 Fortführung der Pensionszusage bei Übertragung der Rückdeckungsversicherung	376

2.3.1.4 Übertragung der erdienten Anwartschaften unter Mitgabe eines Übertragungswerts	377
2.4 Zusammenfassung zur Übertragung auf einen neuen Arbeitgeber im Wege der Einzelrechtsnachfolge	378
3. Übertragung auf eine eigene Rentner-GmbH im Wege der Einzelrechtsnachfolge	379
3.1 Stufe 1: Übertragung nach dem BetrAVG	380
3.2 Stufe 2: Lohnsteuerrechtliche Behandlung des Übertragungsvorgangs beim beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer	381
3.2.1 Urteil des FG Rheinland-Pfalz v. 25. 9. 2001	383
3.2.2 Urteil des BFH v. 12. 4. 2007	385
3.3 Stufe 3: Körperschaftsteuerrechtliche Behandlung des Übertragungsvorgangs beim beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer	386
3.4 Zusammenfassung zur Übertragung auf eine eigene Rentner-GmbH im Wege der Einzelrechtsnachfolge	387
4. Asset Deal	387
4.1 Wesen des Asset Deals	387
4.1.1 Interner Asset Deal	388
4.2 Steuerrechtliche Behandlung des Asset Deals	389
4.3 Finanzielle Ausstattung der verbleibenden Pensionsmanagementgesellschaft	390
4.3.1 Handlungsalternativen bei einer erheblichen Unterfinanzierung	392
5. Zusammenfassung	393

XII. Abfindung der Pensionszusage – Übertragung ins Privatvermögen

1. Wesen, Motive und Folgen einer Abfindung	394
1.1 Motive für eine Abfindung der Pensionszusage	394
1.2 Wesen einer Abfindung	395
1.2.1 Wirtschaftliche Betrachtung des Abfindungsvorgangs	395
1.2.2 Juristische Betrachtung des Abfindungsvorgangs	396
1.3 Folgen einer Abfindung	397
2. Arbeitsrechtliche Zulässigkeit einer Abfindung	398

	Seite
3. Verstoß gegen das Abfindungsverbot	399
4. Anforderungen der Finanzverwaltung an Abfindungsklauseln	400
4.1 Gleichwertigkeit der Abfindung und der ursprünglichen Pensionszusage	402
4.1.1 Abfindung zum Teilwert	402
4.1.2 Abfindung des vollen unquotierten Anspruchs	403
4.1.3 Abfindung laufender Leistungen und unverfallbarer Anwartschaften	404
4.2 Schriftliche Festlegung des Verfahrens zur Ermittlung der Abfindungshöhe (Tz. 3)	404
4.3 Beurteilung	405
5. Rechtsfolgen einer betrieblich veranlassten Abfindungszahlung	405
5.1 Betriebliche Veranlassung einer Abfindungszahlung	405
5.1.1 Entscheidungen zur betrieblichen Veranlassung einer Abfindung	408
5.1.1.1 FG Münster im Falle von beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführern	408
5.1.1.2 BFH im Falle eines nicht beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführers	409
5.1.2 Literaturauffassungen zur betrieblichen Veranlassung einer Abfindung	410
5.1.3 Rechtsfolgen einer betrieblich veranlassten Abfindungszahlung	411
5.2 Auswirkungen beim Gesellschafter-Geschäftsführer	411
5.2.1 Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit	411
5.2.2 Vergütung für eine mehrjährige Tätigkeit	412
5.3 Auswirkungen bei der GmbH	412
5.3.1 Gewinnerhöhende Auflösung der Rückstellung	412
5.3.2 Aufwand durch die Abfindungszahlung	413
6. Verdeckte Einlage oder verdeckte Gewinnausschüttung der Höhe nach bei einer betrieblich veranlassten Abfindungszahlung	413
6.1 Verdeckte Einlage oder verdeckte Gewinnausschüttung der Höhe nach	413
6.1.1 Abfindung zu niedrig: Teilverzicht	414
6.1.1.1 Verdeckte Einlage	414

6.1.1.2 Abfindung gegen Übertragung der Rückdeckungsversicherung	415
6.1.1.3 Schenkungsteuerbarkeit einer disquotalen verdeckten Einlage	415
6.1.2 Abfindung zu hoch: vGA	415
6.1.2.1 Verdeckte Gewinnausschüttung	415
6.1.2.2 Schenkungsteuerbarkeit einer disquotalen verdeckten Gewinnausschüttung	416
6.2 Ermittlung der Abfindungshöhe	417
6.2.1 Wirtschaftliche Betrachtung	418
6.2.2 Betriebsrentenrechtliche Betrachtung	419
6.2.3 Steuerrechtliche Betrachtung	420
7. Rechtsfolgen einer gesellschaftlich veranlassten Abfindungszahlung	421
7.1 Auswirkungen beim Gesellschafter-Geschäftsführer	422
7.1.1 Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit	422
7.1.2 Einkünfte aus Kapitalvermögen	422
7.1.3 Nachträgliche Anschaffungskosten	423
7.1.4 Schenkungsteuerbarkeit einer gesellschaftlich veranlassten Abfindungszahlung	423
7.2 Auswirkungen bei der GmbH	424
7.2.1 Gewinnerhöhende Auflösung der Rückstellung	424
7.2.2 Steuerlicher Aufwand durch verdeckte Einlage	424
7.2.3 Nichtabzugsfähigkeit der Abfindungszahlung	425
8. Verdeckte Einlage und verdeckte Gewinnausschüttung dem Grunde nach bei einer gesellschaftlich veranlassten Abfindungszahlung	425
8.1 Das BFH-Urteil v. 14. 3. 2006	425
8.1.1 Die Vorinstanz	426
8.1.2 Die BFH-Entscheidung im Einzelnen	427
8.2 Zeitpunkt des Abschlusses der Abfindungsvereinbarung	429
9. Abfindung in der Anwartschaftsphase	430
9.1 Abfindung bei vorzeitigem Ausscheiden	430
9.2 Abfindung bei Fortsetzung des Dienstverhältnisses	431
10. Abfindung im Zuge der Liquidation	432
11. Der praktische Fall	433

11.1 Welche Folgen ergeben sich bei einer betrieblich veranlassten Abfindung der Pensionszusage?	434
11.1.1 Abfindung i. H. d. Ablaufleistung der Rückdeckungsversicherung	434
11.1.2 Abfindung zum steuerrechtlichen Barwert	435
11.1.3 Abfindung zum handelsrechtlichen Barwert	436
11.1.4 Wie verhalten sich die drei Abfindungsvarianten im Vergleich?	436
11.1.4.1 Vergleich vor Verkauf der GmbH-Anteile	436
11.1.4.2 Vergleich nach Verkauf der GmbH-Anteile	438
11.2 Welche Folgen ergeben sich bei einer gesellschaftlich veranlassten Abfindung der Pensionszusage?	440
11.2.1 Abfindung i. H. d. Ablaufleistung der Rückdeckungsversicherung	440
11.2.2 Abfindung zum steuerrechtlichen Barwert	442
11.2.3 Abfindung zum handelsrechtlichen Barwert	443
11.2.4 Wie verhalten sich die drei Abfindungsvarianten im Vergleich?	444
11.2.4.1 Vergleich vor Verkauf der GmbH-Anteile	444
11.2.4.2 Vergleich nach Verkauf der GmbH-Anteile	446
11.3 Gestaltungshinweise	448
12. Zusammenfassung	449
XIII. Übertragung im Falle der Liquidation – Betriebsaufgabe ohne Nachfolger	450
1. Sonderregelung des § 4 Abs. 4 BetrAVG	450
2. Rechtsfolgen der Übertragung	451
2.1 Auswirkungen beim Geschäftsführer	451
2.1.1 Übertragungswert	451
2.1.2 Spätere Rentenleistungen	452
2.2 Auswirkungen bei der Gesellschaft	452
3. Ermittlung des Übertragungswertes	453
4. Liquidation und Teilverzicht (bei Unterfinanzierung)	453

	Seite
5. Der praktische Fall	455
6. Zusammenfassung	457
XIV. Die Neuregelungen des BilMoG zur handelsrechtlichen Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen und deren Auswirkungen auf die Geschäftsführer-Versorgung	458
1. Darstellung der Neuregelungen zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen im Überblick	458
2. Bilanzierung dem Grunde nach	460
3. Bilanzierung der Höhe nach	461
3.1 Formen der unmittelbaren Altersversorgungsverpflichtungen	464
3.2 Bewertung zum Erfüllungsbetrag	465
3.2.1 Erfüllungsbetrag bei wertpapiergebundenen Altersversorgungsverpflichtungen	467
3.2.2 Erfüllungsbetrag bei kongruent rückgedeckten Altersversorgungsverpflichtungen	468
3.3 Abzinsung der Versorgungsverpflichtung	469
4. Ausweis der Nettoverpflichtung	472
4.1 Verrechnung von Verpflichtung und Vermögen	472
4.2 Bewertung des „Planvermögens“	473
5. Auswirkungen auf die Darstellung der Ertragslage	475
6. Erweiterte Verpflichtung zum Ausweis im Anhang	475
7. Latente Steuern	476
8. Übergangsvorschriften	479
9. Auswirkungen auf die Steuerbilanz	479
9.1 Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	480
10. Auswirkungen auf die Geschäftsführer-Versorgung	482
10.1 Erhöhung der Pensionsrückstellungen	482
10.1.1 Vergleich der Bewertungsverfahren anhand einer statischen Festbetragsrente	483
10.1.2 Darstellung der Rückstellungsveränderung durch die Reduzierung des Rechnungszinses (Festbetragsrente)	485
10.1.3 Darstellung der Rückstellungsveränderung durch eine Rentendynamisierung (teildynamische Zusage)	487

10.1.4	Darstellung der Rückstellungsveränderung am Bilanzstichtag (teildynamische Zusage)	488
10.1.5	Darstellung der Rückstellungsentwicklung einer volldynamischen Zusage (gehaltsabhängig)	489
10.1.6	Darstellung der Rückstellungsveränderung am Bilanzstichtag (gehaltsabhängig)	491
10.2	Volatile Bewertung des Planvermögens	492
10.3	Erhebliche Auswirkungen auf die Eigenkapitalquote	493
11.	Wirkungen und Erfahrungen mit der BilMoG-Umsetzung in der Praxis	494
12.	Zusammenfassung und Handlungsalternativen	497
12.1	Handlungsalternativen	497
XV.	Zeitgemäße Gestaltung einer Geschäftsführer-Versorgung	500
1.	Sachverhalt	500
2.	Einrichtung eines zweistufigen Versorgungssystems	501
2.1	Stufe 1: Ersetzende Versorgung	502
2.1.1	Mögliche Versorgungsleistungen aus der Stufe 1	503
2.2	Stufe 2: Ergänzende Versorgung	504
2.2.1	Mögliche Versorgungsleistungen aus der Stufe 2	504
2.3	Mögliche Versorgungsleistungen aus beiden Stufen	505
3.	Fragestellungen	506
3.1	Wer trägt das Langlebigkeits- und das Kapitalanlagerisiko?	506
3.2	Wie sind die beiden Stufen bilanziell und steuerlich zu behandeln?	507
3.2.1	Bilanzneutrale Gestaltung in der Stufe 1	507
3.2.2	Bilanzkonforme Gestaltung in der Stufe 2	507
3.2.3	Steuerliche Behandlung beim Geschäftsführer	508
3.3	Könnten zur Finanzierung der Versorgungsleistungen auch andere Formen der Kapitalanlage eingesetzt werden?	509
3.3.1	Kapitalanlage in der Stufe 1	509
3.3.2	Kapitalanlage in der Stufe 2	510
3.4	Was passiert mit dem Versorgungskapital im Falle eines vorzeitigen Ablebens?	510

3.5 Wie werden die Versorgungsleistungen vor einer evtl. Insolvenz geschützt?	511
3.6 Was passiert, wenn die GmbH in eine wirtschaftliche Krise verfällt?	512
3.7 Was passiert mit der Versorgung, wenn die GmbH vorzeitig verkauft werden sollte?	512
4. Zusammenfassung	513

XVI. Praktische Fälle 515

1. Erster praktischer Fall	515
2. Zweiter praktischer Fall	518
3. Dritter praktischer Fall	519

XVII. Anhang – Gesetzestexte, Richtlinien und Verwaltungsanweisungen 523

1. Auszug aus dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz – BetrAVG)	523
2. Auszug aus dem Einkommensteuergesetz (EStG), den Einkommensteuer-Richtlinien (EStR) sowie den Einkommensteuer-Hinweisen (EStH)	541
2.1 Einkommensteuergesetz, Fassung für den VZ 2012	541
2.2 Einkommensteuer-Richtlinien 2008	559
2.3 Einkommensteuer-Hinweise 2011	576
3. Auszug aus dem Körperschaftsteuergesetz (KStG), den Körperschaftsteuer-Richtlinien (KStR), den Körperschaftsteuer-Hinweisen (KStH) sowie der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung (KStDV)	592
3.1 Körperschaftsteuergesetz, Fassung für VZ 2012	592
3.2 Körperschaftsteuer-Richtlinien 2004	597
3.3 Körperschaftsteuer-Hinweise 2008	603
3.4 Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung, i. d. F. v. 17.11.2010	626
4. Wichtige Schreiben der Finanzverwaltung	628

Stichwortverzeichnis	689
----------------------	-----